

540/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 08.07.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Alev Korun, Harald Walser, Freundinnen und Freunde

betreffend Einführung des Lehramts Türkisch und Ausbildung der erforderlichen LehrerInnen

BEGRÜNDUNG

Unterrichtsministerin Schmied hatte Mai 2011 angekündigt, dass neben Französisch, Russisch, Polnisch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Tschechisch, Slowenisch, Ungarisch und Slowakisch künftig auch Türkisch als zweite lebende Fremdsprache bei der Matura zugelassen werden soll. Dieser Vorstoß ist angesichts von 263.000 türkeistämmigen Menschen in Österreich und wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei nicht nur sinnvoll, sondern überfällig. Seitdem hat die Regierung jedoch nichts für die Umsetzung der genannten Pläne getan.

Um die vorhandene Mehrsprachigkeit zu fördern und das Potenzial dieser Zweisprachigkeit und Bikulturalität zu nützen, ist der Türkisch-Unterricht in den höheren Schulen sinnvoll. Es stellt sich allerdings die Frage, woher die LehrerInnen für Türkisch kommen sollen, wenn man in Österreich Türkisch nicht im Lehramt studieren kann. Unverständlich ist, warum man einerseits Turkologie und andererseits Pädagogik an österreichischen Universitäten und Hochschulen studieren kann, aber nicht Türkisch als Lehramt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird aufgefordert, die Einführung des Lehramts Türkisch an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen zu gewährleisten. Weiters wird der Bundesminister

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

aufgefordert, dem Nationalrat einen Aktionsplan vorzulegen, durch den gewährleistet wird, dass sich das Lehramt Türkisch rasch an den ausbildenden Institutionen etabliert.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wissenschaftsausschuss vorgeschlagen.